



## **Inhalt**

|    |   |    |
|----|---|----|
| 1. | Das Zypernproblem .....                     | 2  |
| 2. | Gasvorkommen.....                           | 3  |
| 3. | Griechische Zyprioten .....                 | 4  |
|    | Wirtschaftliche Entwicklungen.....          | 4  |
|    | Innenpolitische Entwicklungen .....         | 5  |
|    | Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften ..... | 5  |
| 4. | Türkische Zyprioten .....                   | 8  |
|    | Wirtschaftliche Entwicklungen.....          | 8  |
|    | Beziehungen mit der Türkei .....            | 8  |
|    | Innenpolitische Entwicklungen .....         | 9  |
| 5. | FES Zypern Veranstaltungen.....             | 10 |

### **FES NEWS**

– **bitte besuchen Sie uns auf unserer neuen Website**–

- [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) -

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters finden Sie das Anmeldeformular  
hier [www.fescyprus.org/de/newsletter/](http://www.fescyprus.org/de/newsletter/)

## 1. Das Zypernproblem

Im Auftrag des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, traf sich die UN-Sonderbeauftragte Jane Holl Lute zwischen dem 15. und 17. Dezember zu Gesprächen mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenführer Mustafa Akinci<sup>1</sup> und seinem griechisch-zypriotischen Pendant Nicos Anastasiades. Zielvorgabe war die Ausarbeitung des Referenzrahmens, der den Weg für die Fortsetzung der Wiedervereinigungsverhandlungen Zyperns ebnen soll. Lute traf sich in diesem Zeitraum mit beiden Politikern je zweimal. Obwohl bezüglich der Ergebnisse keine Informationen nach außen drangen, wurden die Treffen allgemein als positiv bewertet. Lute wird voraussichtlich Anfang 2019 auf die Insel zurückkehren. Die UN-Sonderbeauftragte traf sich am 12. Dezember mit dem stellvertretenden griechischen Außenminister Giorgos Katrougalos und am 13. Dezember mit dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu.

Am 27. Dezember äußerte Anastasiades öffentlich seine Zweifel an der Funktionsfähigkeit des

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Republik Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci den amtierenden Präsidenten der TRNZ darstellt, sieht ihn die internationale Gemeinschaft als Volksgruppenführer der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern international für die gesamte Insel anerkannt ist, gilt letztere als Mitglied der Europäischen Union. Trotzdem ist der gemeinschaftliche Besitzstand der EU im Norden der Insel ausgesetzt, bis eine politische Lösung für das Zypern-Problem gefunden wurde (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrags).

Staates im Rahmen des bisherigen Lösungsmodells. Der Präsident erklärte, dass es eine Benachteiligung für die griechischen Zyprioten bedeuten würde, sollte die Insel unter den gegenwärtigen Vorgaben eines föderalen Modells wiedervereinigt werden. Insbesondere bezweifelt er, dass es zu einer funktionierenden Lösung beitragen würde, wenn beide Seiten mindestens eine positive Stimme bei Beschlussfassungen bräuchten. Damit stellte er indirekt die politische Gleichheit beider Volksgruppen auf der die bisherigen Lösungsansätze basieren in Frage.

Ersin Tatar, der neugewählte Vorsitzende der wichtigsten Oppositionspartei im Norden, UBP (National Unity Party /Ulusal Birlik Partisi) schrieb einen Brief zur Zypernfrage an Antonio Guterres, den Generalsekretär der Vereinten Nationen. In diesem Schreiben fordert er, dass alle Lösungsmodelle einschließlich einer Zwei-Staaten-Lösung auf den Tisch kommen müssten und er unterstrich die Notwendigkeit der Festlegung einer internationalen Anerkennung der türkischen Zyprioten, falls die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen sollten. Tatar bat Guterres zudem, sich um die Aufhebung der wirtschaftlichen Isolierung der türkisch-zypriotischen Bevölkerung zu bemühen. Des Weiteren müsse ein Ad-hoc-Ausschuss eingesetzt werden, der sich mit dem Management der Gasvorkommen um die Insel herum befassen solle.

Der frühere türkisch-zypriotische Präsident Dervis Eroglu forderte den Volksgruppenführer Mustafa Akinci auf, seine Haltung im Verhandlungsprozess zu überdenken und nicht auf einem föderalen Lösungsmodell zu beharren.

Eroglu wies darauf hin, dass die türkischen Zyprioten weder die Idee einer Zwei-Staaten-Lösung noch eine Lösung, die auf einem Staatenbund basiere, abgelehnt hätten. *„Es obliegt Präsident Akinci nicht, auf einer Föderation als einziges Lösungsmodell zu beharren, wenn selbst der Präsident Nicos Anastasiades und ihm nahestehende Politiker über die Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung sprechen, der türkische Außenminister die Notwendigkeit alternativer Lösungen unterstreicht und die Mehrheit im Parlament der TRNZ offensichtlich eine Zwei-Staaten-Lösung favorisiert“*, erklärte er.

Das bi-kommunale technische Komitee für das Kulturerbe Zyperns veröffentlichte eine Broschüre mit einem Überblick über die bereits geleistete Arbeit des Komitees. Die Schrift, die den Titel *2008-2018: 10 Jahre der Zusammenarbeit für unsere gemeinsames kulturelles Erbe* trägt, wurde der Öffentlichkeit im Rahmen einer Veranstaltung in der Pufferzone vorgestellt. In seiner Eröffnungsansprache bemerkte der türkisch-zypriotische Co-Vorsitzende des Fachausschusses, Ali Tuncay, die Geschichte habe gezeigt, dass einseitige juristische Schritte und feindselige Vorgehensweisen nicht zum Schutz des kulturellen Erbes der Insel beigetragen hätten. Er verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, dass man umso mehr Erfolgsgeschichten des Komitees zu hören bekäme, je mehr Zusammenarbeit es auf der Insel geben würde. Takis Hadjidemetriou, der griechisch-zypriotische Co-Vorsitzende des Komitees, konnte aus gesundheitlichen Gründen der Veranstaltung leider nicht beiwohnen. Die leitende Managerin und Amtsleiterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen auf Zypern, Tiziana

Zennaro, sagte, dass die Arbeit des Komitees für ähnliche Initiativen überall in Europa eine Quelle der Inspiration geworden sei.

In einer Rede an der Sabahattin Zaim Universität in Istanbul stellte der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu am 28. Dezember fest, dass es reine Zeitverschwendung wäre, um des Verhandeln willen zu verhandeln und betonte, dass ein Zeitplan Voraussetzung für Wiedervereinigungsgespräche sei. Er unterstrich, dass der Prozess ergebnisorientiert sein müsse. Cavusoglu wurde zudem mit seinen Worten vor der türkischen Nationalversammlung am 18. Dezember zitiert: Jeder, der davon träume, dass es keine türkische Garantiemacht und ‚null‘ türkische Truppen auf Zypern geben werde, *„müsse aufwachen“*.

## 2. Gasvorkommen

Laut der türkischen Tageszeitung Sabah, erwartet die Türkei die Lieferung eines zweiten Bohrschiffes, um Suche nach Öl- und Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer auszuweiten. Die Ankunft des neu erworbenen Bohrschiffs wird Ende Januar 2019 erwartet.

Auf dem fünften Dreierländer-Gipfeltreffen in Beer Sheva, Israel, erzielten Zypern, Griechenland und Israel am 20. Dezember eine Vereinbarung bezüglich der EastMed-Pipeline. Das Abkommen beinhaltet die Einrichtung eines permanenten Sekretariats in Nikosia, das die trilaterale Zusammenarbeit koordinieren soll. Momentan steht die Genehmigung durch die EU-Kommission noch aus. Am Dreierländer-

gipfel nahmen zum ersten Mal auch die Vereinigten Staaten teil. Sie wurden durch David Friedman, den US-amerikanischen Botschafter in Israel, vertreten. Dieser betonte: *„Die Vereinigten Staaten unterstützen die trilaterale Partnerschaft zwischen Israel, Griechenland und Zypern. Diese Partnerschaft ist ein Stabilitätsanker im östlichen Mittelmeer und beruht auf gemeinsamen Interessen und Werten, die die drei Länder mit den Vereinigten Staaten teilen“*. Die Pipeline wird von der EU-Kommission als ‚Vorhaben von gemeinsamem (europäischem) Interesse (PCI)‘ mit 35 Millionen Euro unterstützt. Auf einer Länge von 1.900 Kilometern soll die Pipeline zunächst jährlich 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus dem östlichen Mittelmeer nach Griechenland transportieren. Dort soll sie mit der Poseidon-Pipeline verknüpft werden, die das Erdgas weitere 300 Kilometer nach Italien leitet. Einige Branchenkenner bezweifeln die Finanzierbarkeit des Projekts durch die vier Regierungen und die Europäische Union, da die Beteiligung von Anlegern und von Erdgaskäufern benötigt werde. Darüber hinaus seien die Kosten für das technisch äußerst anspruchsvolle Projekt zu hoch, vor allem jedoch sei es angesichts der Gaspreise in Europa wirtschaftlich nicht rentabel. Der frühere griechisch-zypriotische Energieminister Charles Ellinas bezeichnete das Projekt in einem Artikel in der Cyprus Mail als *„Wunschtraum“*.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 14. Dezember wurde der Staatshaushalt für das Jahr 2019 mit 30 zu 24 Stimmen genehmigt. Abgeordnete aller Parteien, mit Ausnahme der DISY, stimmten dafür, zur Umsetzung des Schuldenentlastungsprogramms Estia vorübergehend Gelder in Höhe von 33 Millionen Euro einzufrieren. Sobald der Finanzausschuss überzeugt sei, dass das Geld wirklich bedürftigen Kreditnehmern von Wohnungsbaudarlehen zukomme, werde er seine schriftliche Zustimmung erteilen und das Geld werde freigegeben. Der Etat sieht für 2019 einen Haushaltsüberschuss von 3% des Bruttoinlandsprodukts mit gesamtstaatlichen Einnahmen von 8,55 Milliarden Euro sowie Ausgaben von 7,91 Milliarden Euro vor. Die Primärausgaben wurden auf 6,27 Milliarden Euro angesetzt. Am Ende der dreitägigen Haushaltsdebatte stimmten die Abgeordneten von DISY (Demokratische Sammlung), DIKO (Demokratische Partei) und der Bewegung Solidarität dem Staatshaushalt zu. Die Abgeordneten der größten Oppositionspartei AKEL (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes) aber auch die der EDEK (Bewegung der Sozialdemokraten), der Grünen, der Bürgerallianz und ELAM (Nationale Volksfront), sowie die parteiunabhängige Anna Theologou stimmten dagegen.

Laut dem Bericht zum dritten Quartal der zypri-schen Zentralbank (CBC) werde die Wirtschaft bis 2021 um schätzungsweise 3% weiter wachsen. Die wichtigsten Wachstumstreiber im Prognosezeitraum seien Binnennachfrage, Wirtschaftstätigkeit und Kapitalanlagen. Im Ban-

kensektor vermeldet der Neunmonatsbericht, dass jüngere Verkäufe von Portfolios mit unbedienten Krediten wie der der Bank of Cyprus an Apollo Capital (notleidende Kredite in Höhe von 2,7 Milliarden Euro) die Qualität der Aktiva verbessert und das Anleger- und Einlegervertrauen gestärkt hätten. Die Zentralbank Zyperns äußerte jedoch ähnlich wie die Europäische Union und der Internationale Währungsfond (IWF) Vorbehalte gegen das Schuldenentlastungsprogramm der Regierung („Estia“), das Teile des Tilgungsplans notleidender Wohnbaudarlehens bezuschusst. Das von der Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission bewilligte Programm soll 2019 starten. Es wird den Staat jährlich 33 Millionen Euro für die nächsten 25 Jahre kosten.

Im November vermeldete Zypern Touristenzahlen in Rekordhöhe. Verglichen mit dem Vergleichsmonat des Jahres 2017 stieg die Anzahl der Touristen um 10% an. Laut Aussage der zyprischen Tourismusorganisation CTO war dies das beste Ergebnis in der Tourismusgeschichte Zyperns. Nach 144.676 Touristen im November 2017 lag die Anzahl jetzt bei 158.685, ein Anstieg um 9,7%.

Einem Bericht der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) zufolge, verzeichnete Zypern mit 8,6% den größten Rückgang an notleidenden Krediten innerhalb aller EU-Staaten.

### Innenpolitische Entwicklungen

Nach Meinungsdivergenzen bezüglich der Behandlung der Zypernfrage in den letzten Monaten mit Präsident Anastasiades haben

Toumazos Tselepis von AKEL (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes) und der frühere Generalstaatsanwalt Alecos Markides das Verhandlungsteam verlassen. Beide Männer erklärten, sie könnten derzeit nicht Teil eines Teams sein, in dem sich Anastasiades augenscheinlich von dem seit langem bestehenden griechisch-zyprischen Lösungsmodell einer bi-zonalen, bi-kommunalen Föderation entferne. Tselepis und Markides waren am 10. Dezember einem Treffen des Verhandlungsteams mit der Begründung ferngeblieben, es handle sich hierbei um nichts anderes als um ein PR-Spektakel des Präsidenten. Die Kluft zwischen AKEL und Anastasiades vertiefte sich weiter, als der Vorsitzende der „Fortschrittspartei des werktätigen Volkes“, Andros Kyprianou, den Präsidenten beschuldigte, Denktash's Vision einer Teilung übernommen zu haben.

Am 27. Dezember verkündete Nicos Anastasiades die Ernennung von Savvas Perdios zum neuen stellvertretenden Tourismusminister. Perdios wird sich von Jahresbeginn an mit der Umsetzung der nationalen Tourismus-Strategie beschäftigen, also mit der Implementierung der notwendigen Maßnahmen, der Planung der touristischen Entwicklung sowie der politischen Kontrolle der Tourismusbranche. Perdios war bislang operativer Geschäftsführer des Louis-Hotels.

### Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Im Dezember gab es in allen Teilen Zyperns eine Reihe von Generalversammlungen der Beschäftigten im Baugewerbe. Alle Sitzungen waren geprägt von einem Klima der Einheit und einem

intensiven Gefühl der Wut, der Entrüstung und der Entschlossenheit. Von der Konföderation der Bauunternehmervereinigungen forderten die Arbeiter, die Tarifvereinbarungen endlich zu respektieren. Die Verbandsmitglieder wurden aufgefordert, die von beiden Seiten unterzeichneten Tarifverträge anzuwenden und alle Lohnabzüge und gekürzten Unterstützungen zurückzuerstatten. In geheimer Abstimmung autorisierten alle Generalversammlungen mit überwältigender Mehrheit die Vorstände der Bauarbeitergewerkschaften und die Vorstände der Gewerkschaften PEO, SEK und DEOK dort, wo es notwendig sei, Maßnahmen zur Verteidigung und Umsetzung der Tarifverträge sowie zum Schutz und zur Anwendung von Arbeitnehmerrechten zu ergreifen.

Am 8. und 9. Dezember gab es keinen öffentlichen Nahverkehr in Paphos. Grund hierfür war ein unbefristeter Streik der Beschäftigten der Transportorganisation OSYPA, der erneut durch einen Konflikt des Transportunternehmens mit dem Verkehrsministerium ausgelöst wurde. Als Zeichen, dass die Streikmaßnahmen weiter ausgebaut werden, demonstrierten 100 OSYPA-Mitglieder friedlich für die Zahlung ihrer ausstehenden Gehälter. Der Protestzug begann vor dem Präsidentenpalast und führte über das Abgeordnetenhaus zum Verkehrsministerium. Nach dem Eintreffen am Präsidentenpalast überreichte eine Delegation der Erwerbstätigen dem Präsidenten der Republik Zypern ein Memorandum. Die Forderungen darin beziehen sich auf die Nichtzahlung des November-Gehalts, das 13. Monatsgehalt und die Zukunft von mehr als 250 Beschäftigten der Firma. Der Repräsentant der OSYPA, der am Treffen mit

dem Direktor des Kabinetts des Präsidenten teilnahm, erklärte, das Zusammentreffen sei sehr produktiv verlaufen. Der Direktor des Büros des Präsidenten habe ihm die neuen Bestimmungen übergeben.

Am 22. Dezember wurde am Hafen in Limassol für 24 Stunden gestreikt. Obwohl nicht alle Gewerkschaften den Streik unterstützen, nahmen Hafendarbeiter aller Gewerkschaften am Streik teil. Sie forderten, die Verstöße gegen die Tarifvereinbarungen zu beenden und die Verhandlungen zur Verlängerung des Tarifvertrags fortzuführen. Die Vereinbarung war am 31. Dezember ausgelaufen. Die Gewerkschaft PEO hatte zum Streik aufgerufen, während SEK seine Mitglieder aufgerufen hatte, jegliche Streikmaßnahmen zu unterlassen. Der Verband der Arbeitgeber und Industriellen (OEB) erachtete die angekündigten Streikaktionen am Hafen von Limassol als inakzeptabel und forderte erneut eine Beschränkung von Streikmaßnahmen im Bereich wesentlicher Dienstleistungen. Der OEB verurteilte die Streikandrohungen und forderte sowohl die Aufhebung des unbefristeten Streiks als auch die Sicherstellung eines ordnungsgemäßen und reibungslosen Betriebs im Hafen von Limassol. Die zyprische Industrie- und Handelskammer (CCCI) sprach sich ebenfalls gegen die „taktischen Manöver“ und Entscheidungen der Gewerkschaftsbewegung aus. CCCI erklärte, die angekündigten Streiks erzeugten Unruhe und Funktionsstörungen, und forderte die Regierung auf, Verantwortung zu übernehmen und die ordnungsgemäße Funktionsfähigkeit des Hafens, sowie im weiteren Sinne die von Handel und Wirtschaft zu schützen.

Am 27. Dezember wurde die geplante zwei-stündige Arbeitsniederlegung der Mitglieder der Gewerkschaft der Bankangestellten (ETYK) in der Hellenic-Bank abgesagt. Die Aufhebung war das Ergebnis der Konsultationen zwischen dem Management der Hellenic Bank und der Führungsriege der ETYK. Beide Seiten einigten sich auf Gespräche in 2019, um eine Lösung für die beiden arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zu finden. Die Konflikte beziehen sich auf die ehemaligen Angestellten der CO-OP Bank. Sie drehen sich zum einen um die Zurückbehaltung der Beiträge zum Provident Fund (eine Altersvorsorgekasse) für diese Beschäftigten. Zum anderen beklagen die Angestellten ihre Nicht-Einbindung in die Gehaltsskala der Hellenic Bank, im weiteren Sinn also in das Organigramm der Bank, wodurch ihnen berufliche Perspektiven innerhalb der Organisation vorenthalten würden.

Am 27. Dezember erhielten die Beschäftigten der zyprischen Tourismusorganisation CTO den Plan für eine freiwillige Vorruhestandsregelung. Hierin wird eine Obergrenze von 100.000 Euro für Zahlungen gesetzt und versprochen, dass die Zahl derer, die in den Ruhestand versetzt werden, nicht über 40% der Belegschaft ausmachen wird. Bezugsberechtigt bei einer freiwilligen Vorruhestandsregelung wären die meisten der 230 Beschäftigten der CTO. Die Tourismusorganisation Zyperns wird am 2. Januar in ein stellvertretendes Ministerium umgewandelt. Die Beschäftigten haben sechs Monate Zeit, sich zum Vorruhestandsplan zu äußern. Um von der Vorruhestandsregelung zu profitieren, muss eine beschäftigte Person bis zur Antragsfrist mindestens 5 Jahre lang bei der

CTO tätig gewesen sein und noch mindestens 19 Monate bis zum offiziellen Rentenbeginn im Dienst sein. Die Vertreter der Gewerkschaften SEK und PEO bekräftigten, dass es sich um eine freiwillige Entscheidung handele und niemand gezwungen werde, die Organisation zu verlassen.

Zwischen dem 3. und dem 17. Dezember starteten das Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und Sozialversicherung gemeinsam mit dem Verband der Arbeitgeber und Industriellen (OEB), der Industrie- und Handelskammer (CCCI) und den Gewerkschaften SEK, PEO und DEOK eine Informationskampagne zum 13. Monatsgehalt. Die Aktion beinhaltet auch Bekanntmachungen im Radio und Beiträge im Internet. Ziel der Kampagne ist es, Arbeitgeber und Erwerbstätige darüber zu informieren, wann die Zahlung eines 13. Monatsgehalts legal ist und wann nicht. Festzuhalten ist, dass das 13. Monatsgehalt Teil der Vergütung ist, wenn dies in einem Tarifvertrag festgelegt oder in einem persönlichen Arbeitsvertrag vereinbart ist, oder wenn es sich um eine allgemein üblich Geschäftspraxis handelt. Die Verweigerung der Zahlung verstößt in oben genannten Fällen gegen das Gesetz zum Schutz der Löhne und Gehälter. Zusätzlich zu den Rechten, die das Gesetz Angestellten gewährt, um zivilrechtlich ausstehende Gehälter einzuklagen, handelt es sich bei Unterlassung von Gehaltszahlung um eine kriminelle Handlung und hat eine strafrechtliche Verfolgung des Arbeitgebers zur Folge. Laut gesetzlicher Bestimmungen wird im Fall einer Verurteilung eine Gefängnisstrafe von bis zu 6 Monaten oder eine Geldbuße bis zu 15.000 Euro verhängt.



Eine Verurteilung kann auch beide Strafen beinhalten.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Finanzminister Serdar Denktas berichtete, dass die TRNZ seit Juli keinerlei Geldmittel mehr von der Türkei erhalten habe und dass die bisherige Unterstützung zum Teil für Verteidigungsausgaben verwendet worden sei. *„Alle anderen Zahlungen wurden aus Eigenmitteln der TRNZ ohne Kreditaufnahme geleistet“*, erklärte er. Denktas fügte hinzu, dass er und sein Team *„rund um die Uhr gearbeitet“* hätten, um den Zahlungsverpflichtungen des Landes nachzukommen. Dem Vierteljahresbericht der Zentralbank zufolge sei der Anteil der türkischen Zuwendungen und Darlehen innerhalb der Haushaltseinnahmen im 3. Quartal 2018 auf 7,1% zurückgegangen. In der Vergleichsperiode 2017 waren es 12% gewesen.

Laut der Staatlichen Planungsorganisation sank die Inflationsrate im November im Vergleich zum Vormonat um 1,6%. Die 12-Monats-Inflationsrate lag bei 34,2%. An anderer Stelle wies der Bericht der Zentralbank der TRNZ darauf hin, dass die höchste Inflationsrate (37,2% im September 2018) die höchste seit 2002 gewesen sei.

Nach Angaben der Zentralbank sei die Rentabilität des Bankensektors im Zeitraum November

2017 bis November 2018 in Dollar gemessen um 40% gestiegen.

Laut der im Zeitraum Januar bis September 2018 vom Arbeitsministerium durchgeführten Kontrollen waren nahezu ein Fünftel (19%) der 2.141 kontrollierten ausländischen Arbeitskräfte ohne Arbeitserlaubnis beschäftigt. 77% der illegal Beschäftigten waren türkische Staatsangehörige

### Beziehungen mit der Türkei

Einem Bericht der türkisch-zypriotischen Tageszeitung Cyprus Today zufolge, plant Ankara die Eröffnung eines Marinestützpunktes in Iskele (Trikomo). Erste Meldungen einer geplanten Basis waren im August aufgetaucht. Bei einem Besuch des Befehlshabers der türkischen Seestreitkräfte, Admiral Adnan Ozbal, im November war bekannt geworden, dass eine Vermessung des Küstengebiets mit eingeschlossen war. Berichten zufolge wird der Marinestützpunkt alle Schiffstypen aufnehmen also auch Fregatten, Korvetten, U-Boote und Hubschrauberträger. Geplant sind zudem eine Radarzentrale sowie ein großer Gebäudekomplex mit Unterkünften und Gesellschaftsräumen. Als Beweggründe für diesen Schritt wurden u.a. die anhaltende Militarisierung des östlichen Mittelmeeres, die alleinige Erschließung der Gasvorkommen durch die Republik Zypern, Gerüchte bezüglich der Errichtung einer US-Marine-Basis im Südtteil Zyperns und die Modernisierung des Marinestützpunktes Paphos durch die EU genannt. Baris Burcu, der Sprecher des Präsidenten, spielte die Berichte herunter: *„Wir kon-*



*zentrieren uns auf das bevorstehende Treffen mit der UN-Sondergesandten Jane Holl Lute“.*

Der Vorsitzende der wichtigsten türkischen Oppositionspartei, der Republikanischen Volkspartei (CHP), Kemal Kilicdaroglu, besuchte die TRNZ. Er wurde vom Präsidenten, vom Parlamentspräsidenten, vom Premierminister, vom stellvertretenden Premierminister, vom Außenminister und vom Erziehungsminister empfangen. Als das Zypernproblem bei seinem Treffen mit Akinci kurz angesprochen wurde, erklärte Kilicdaroglu, dass seine Partei von Anfang in der Sache mit Zypern verbunden geblieben sei, sich eine internationale Anerkennung der TRNZ wünsche und wann immer möglich daran mitgearbeitet habe, dass dies geschehe. *„Wir bringen in fast all unseren Treffen mit EU-Vertretern das Zypernproblem ins Gespräch. Wir fragen wieder und wieder, warum die Verordnung über einen direkten Handel trotz aller Versprechungen noch immer nicht umgesetzt worden ist“*, sagte er.

Ersin Tatar, der Präsident der wichtigsten Oppositionspartei - der Nationalen Einheitspartei (UBP) - und deren Generalsekretär Hasan Tacoy statteten Ankara einen Besuch ab. Sie trafen sich mit Parlamentssprecher Binali Yildirim, dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) Numan Kurtulmus und dem Verteidigungsminister Hulusi Akar. Seine Kontakte in Ankara bewertend, meinte Tatar, die Gasvorkommen hätten dazu geführt, dass Zypern an strategischer Bedeutung hinzugewonnen habe und so auch

die Beziehungen zwischen der TRNZ und der Türkei wichtiger geworden seien.

Der türkische Minister für Landwirtschaft und Forstwesen, Bekir Pakdemirli, besuchte die TRNZ. Pakdemirli traf sich mit dem Präsidenten, dem Parlamentssprecher und dem Landwirtschaftsminister. Er wohnte dem feierlichen ersten Spatenstich bei der Eröffnung eines neuen Wassertunnels bei. Nach Fertigstellung des Tunnels wird das aus der Türkei importierte Wasser zur landwirtschaftlichen Nutzung in die Morphou- und Mesaoria-Ebenen geleitet werden. Beide Parteien unterzeichneten auch ein Protokoll über die Zusammenarbeit in den Bereichen landwirtschaftliche Versorgung und landwirtschaftliche Genossenschaftsbanken.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

In der ersten Dezemberwoche forderten sintflutartige Regenfälle in der Gegend um Kyrenia vier Menschenleben, sie überfluteten Häuser und zerstörten Autos und Straßen. Polizei, Militär, Feuerwehr und Zivilschutzteams arbeiteten rund um die Uhr, um Straßen frei zu legen und Menschen, die in ihren Häusern gefangen waren, zu retten. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärte Premierminister Erhürman, Untersuchungen hätten gezeigt, dass insbesondere die illegal errichteten Bauten an Flussufern in vielen Regionen für das Schadensausmaß verantwortlich seien. Zivilgesellschaftliche Gruppen sehen die Schuld bei fehlenden Bauvorschriften und in unzureichender Infrastruktur. Einem Bericht der Wochenzeitung Cyprus Today zufolge wurden im Zusammenhang mit einer Welle der Kritik an der neu konzipierten

Straßenführung von Nikosia nach Kyrenia Forderungen nach dem Rücktritt von Verkehrsminister Tolga Atakan laut. In der engen, kurvenreichen Strecke bei Ciklos hatte die Flut einen Wagen mit jungen Leuten, erfasst und die Menschen in den Tod gerissen. Der griechisch-zyprische Präsident Nicos Anastasiades sprach in einem Anruf seinem türkisch-zypriotischen Amtskollegen Mustafa Akinci sein Mitgefühl bezüglich der Flutkatastrophe aus und bot ihm bei Bedarf Hilfe an.

Das Parlament genehmigte das Budget in Höhe von 7,7 Milliarden TL (1,24 Milliarden Euro) für das Haushaltsjahr 2019.

Der stellvertretende Premier- und Außenminister Kudret Ozersay erklärte in einer Sendung des TV-Senders BRT, dass die Regierung Korruptionsvorwürfe *„stets genau beobachtet. Wir nehmen das sehr ernst. Der Generalstaatsanwalt, der juristische Berater des Staates ist, bearbeitet jeden auftretenden Fall“*.

Geplante Protestaktionen der Geschäftsleute im Baugewerbe wurden abgesagt, nachdem die Regierung den Erlass zum Einfrieren von Baugenehmigungen und das Bauverbot für hochgeschossige Gebäude in der Gegend um Famagusta zurückgenommen hat. Stattdessen versprach die Regierung, die Rechtsvorschriften zur Bebauung im fraglichen Gebiet bis April in einem umfassenderen Ansatz endgültig festzulegen.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### Januar 2019

--- keine Veranstaltungen ---



### Februar

--- keine Veranstaltungen ---



**Impressum:**

**Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)

Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)

Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

**Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Sonan, Enis Porat, Despina Michaelidou  
und Sophia Papastavrou

**Übersetzung:**

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

**Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, füllen Sie bitte das Formular auf unserer Webseite aus: [www.fescyprus.org/de/newsletter/](http://www.fescyprus.org/de/newsletter/)

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abbestellen möchten, klicken Sie bitte auf den Link in Ihrer FES Newslettermail.